



Zickzackkurs in der Krise

„Die Politik wird orientierungslos“

Wer spart eigentlich noch, wenn die Regierung dauernd Rückzieher macht? Sind es etwa jene, die sich nicht lautstark zur Wehr setzen können? Ein Gespräch mit Caritas-Präsident Erny Gillen über Politik in Krisenzeiten, schweigende Mehrheiten und die wachsenden Klüfte in der Gesellschaft.

Fotos: Guy Wolff

MARYSE LANNERS
 maryse.lanners@telecran.lu

TÉLÉCRAN: Herr Gillen, seit 2008 hat die globale Finanzkrise die Welt fest im Griff. Auch Luxemburg muss sparen. Resultat: Uneinigkeit macht sich breit. Aus Tripartiten werden Bipartiten, die Ärzte streiken... Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

ERNY GILLEN: Die letzte Neuigkeit ist ja die, dass der „bëllegen Akt“ nun doch integral bestehen bleibt. Dies bestätigt, dass die Regierung kein kohärentes Maßnahmenpaket zustande gebracht hat, sondern die Maßnahmen wahllos zusammengrapschte.

TÉLÉCRAN: Vermissen Sie die Gesamtstrategie?



ERNY GILLEN: Es fehlt die klare Vision, wie Luxemburg 2020 aussehen soll, obwohl etwa die Lissabon-Strategie Ziele definiert hat, die bis 2020 erreicht werden sollen. Von der Politik könnte man erwarten, dass sie sich über einen Weg einigt, um diese Ziele zu erreichen und dies mit dem so genannten Volk zu besprechen. Stattdessen stellen wir fest, dass sie systematisch vor Partikularinteressen einrenkt. So wird die Politik orientierungslos.

TÉLÉCRAN: Eine deutliche Kritik also an der Regierung?

ERNY GILLEN: Eigentlich keine Kritik, sondern der Ausdruck einer tiefen Sorge. Ich frage mich, ob die Regierung sich die Möglichkeiten gibt, die Probleme zu erkennen und zu lösen. Dazu müsste man wissen, wo man hinsteuert. Und die Antwort darauf liegt nicht in der Realpolitik.

TÉLÉCRAN: Verstehen Sie die ganze Aufregung um den „bëllegen Akt“? Schließlich handelt es sich um eine Art Geschenk, das die Regierung dem Volk in guten Zeiten machte. Und es betrifft nur Menschen, die sich ein Haus leisten können. Was bekommen die anderen?

ERNY GILLEN: Der Fall zeigt ganz klar, welche Leute die Möglichkeit haben, sich zu äußern und welche nicht. Der

„bëllegen Akt“ sollte ja nicht ganz verschwinden. Er sollte an eine Einkommensgrenze gekoppelt werden. Vereinfacht gesagt: Die Putzfrau hätte ihn noch bekommen, die Lehrerin nicht mehr. Kleinverdiener wären also weiterhin in den Genuss der staatlichen Hilfe gekommen. Menschen, die mehr verdienen, nicht. Man sieht also, wem zugehört wird. Und man merkt auch, auf wessen Seite die Gewerkschaften heute kämpfen.

TÉLÉCRAN: Gibt es ähnliche Verzerrungen beim Streit um die Gesundheitsreform?

ERNY GILLEN: Dort zeigt sich das gleiche Phänomen, denn diese Reform, die so vehement kritisiert wurde, hat auch extrem positive Seiten, von denen jedoch niemand spricht. Die Gesundheitsreform hilft beispielsweise den Armen, weil

„Ziel ist es nicht, die Wirtschaft in Frage zu stellen, sondern eine Wirtschaft, der es nur um die Profitmaximierung geht, wobei das Wohl der Menschen auf der Strecke bleibt. Der Finanzkapitalismus sollte ausgedient haben.“

Erny Gillen bemängelt fehlende Neuorientierungen der Wirtschafts- und Finanzwelt.

Foto: ap

für sie der „tiers payant“ auf Arztleistungen erweitert werden soll. Aber die Armen wissen es nicht einmal, weil sie die politische Auseinandersetzung nicht verfolgen und, weil ihre Interessen nicht mediatisiert werden. In der Öffentlichkeit wurden in dem nun wohl beigelegten Konflikt zwischen den Ärzten und dem Gesundheitsminister andere Themen und Interessen hochstilisiert. Autonomie der Ärzte und Patienten standen im Vordergrund. Im Hintergrund ging es um die Kosten.

TÉLÉCRAN: Da drängt sich die Frage über die Sanierung der Sozialversicherung regelrecht auf. Warum ist die Aufhebung des maximalen Beitragssatzes, der aktuell beim Fünffachen des Mindestlohns eingefroren ist, ein Tabuthema?

ERNY GILLEN: Würde die Beitragsgrenze verschwinden, müssten Menschen, die ohnehin bereits sehr viel Steuern zahlen, auch noch mehr Geld in die Sozialversicherung stecken. Dies ist das Argument, das stets benutzt wird, um die Anhebung des Beitragssatzes abzulehnen. Ich kann das so nicht nachvollziehen. Es ist doch eine Frage der Solidarität, dass jene, die mehr zahlen können, dies auch tun sollten. Mit der Anhebung der Beitragsgrenze hätte das Finanzie-



„Kleinverdiener wären weiterhin in den Genuss des „bëllegen Akt“ gekommen. Menschen, die mehr verdienen, nicht. Man sieht also, wem zugehört wird. Und man merkt auch, auf wessen Seite die Gewerkschaften heute kämpfen.“

Der Caritas-Präsident über den Rückzieher beim „bëllegen Akt“.

rungsproblem der Sozialversicherung anders gelöst werden können.

TÉLÉCRAN: Steuern wir auf eine Zwei-Klassen-Gesellschaft hin, die aus jenen besteht, deren Interessen immer berücksichtigt werden, und einer schweigenden Mehrheit, die sich nicht ausdrücken kann?

ERNY GILLEN: Unsere Gesellschaft ist in separate Gemeinschaften aufgeteilt: Die portugiesischen Mitbürger, die nicht integriert sind, aber einen großen Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlstand des Landes leisten, die Europabeamten, die in ihrer eigenen Welt leben, die Menschen, die vom Balkan her zu uns gekommen sind und schließlich die Grenzgänger. Man kann Luxemburg mit einer Großfamilie vergleichen. Innerhalb dieser Familie gibt es eine Kernfamilie – die Luxemburger selbst. Und diese Kernfamilie entscheidet in der Politik, was all die anderen zu tun haben.



TÉLÉCRAN: Eine schlechte Zensur für den sozialen Zusammenhalt?

ERNY GILLEN: Innerhalb der Kernfamilie legt man sich des Öfteren nicht einmal Rechenschaft darüber ab, dass ihre Entscheidungen die Großfamilie mit betreffen. In den Betrieben ist die Lage völlig anders: Sie sind es gewohnt, im Kontakt mit allen Schichten und Gruppen zu sein. Dort ist man sich sehr wohl bewusst, dass die Zusammenarbeit aller unverzichtbar ist. Aber sobald man einen Fuß ins Parlament setzt, scheint es mit diesem Bewusstsein vorbei zu sein. Dort sitzen die Vertreter der Kernfamilie, die in einigen Jahren weniger als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen wird..

TÉLÉCRAN: In den Gemeinden wird sich diese Schiefelage möglicherweise ändern. Erstmals haben Ausländer das aktive und passive Wahlrecht...

ERNY GILLEN: Dass es überhaupt dazu kam, ist ja zum Teil auch das Verdienst der Caritas und anderer Organisationen der Zivilgesellschaft und der Kirche. Wir haben uns stets dafür eingesetzt. Die kommenden Gemeindewahlen sind tatsächlich eine Chance, mit dem Abbau des Demokratie-

defizits anzufangen. Ungelöst bleibt noch die Frage, wie die 120 000 Grenzgänger am politischen Leben beteiligt werden können. Sie dürfen sich zwar an den Berufskammerwahlen beteiligen und sind auch über diesen Weg vertreten. Aber ich sehe nicht so recht, wie ihre berechtigten Anliegen in unsere Politik übersetzt würden.

TÉLÉCRAN: Irland hat kürzlich europäische Hilfe in Anspruch genommen, deren Notwendigkeit das Land noch kurz zuvor abgestritten hatte. Die europäischen Politiker bemühen sich, Zuversicht zu verbreiten und die Aktienmärkte zu beruhigen. Welche Macht haben die Politiker überhaupt noch?

ERNY GILLEN: Die Finanzkrise hat deutlich gemacht, dass die Politik durchaus Macht besitzt und große Möglichkeiten hat, gestalterisch einzugreifen. Dies nährte die Hoffnung, dass eine neue Politisierung der Wirtschaft möglich sei. Leider war es so, dass die Finanzwelt, kurz nach der Rettung

der Banken das Ruder wieder stolz in die Hand genommen hat. Irland zeigt, wie schnell die Lage sich ändern kann und wie lange die Politiker brauchen, um zu reagieren – gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung und gegenüber Europa. Es zeigt auch, dass man keine gemeinsame Währung haben kann ohne gemeinsame Politik. Ich habe den Eindruck, manche Politiker finden es lustig, nach Brüssel zu fahren, dort zu tagen und anschließend Pressekonferenzen abzuhalten. In Wirklichkeit ist harte Arbeit gefordert.

TÉLÉCRAN: Auch Luxemburgs Politiker?

ERNY GILLEN: Ich glaube, Juncker und Frieden arbeiten viel. Sie wollen helfen, die politische Dimension der EU zu stärken. Aber ihnen fehlt die Unterstützung. Von Luxemburg aus zu sagen, die EU solle sich nicht auf eine Wirtschaftsunion begrenzen und die Finanzen müssten politisiert werden, klingt nicht sehr überzeugend. Immerhin hat Luxemburg selbst einen Bankenplatz und lebt ziemlich gut davon.

TÉLÉCRAN: Was sollte man aus der Wirtschaftskrise lernen?

ERNY GILLEN: Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen und nicht der Profitmaximierung. Es müsste verboten sein,



„Die Regierung renkt systematisch vor Partikularinteressen ein. So wird die Politik orientierungslos.“

Gillen kritisiert fehlende Visionen der Regierung und die Schwierigkeit, ein kohärentes Sparpaket zu schnüren.

Foto: Marc Wilwert



„Man kann Luxemburg mit einer Großfamilie vergleichen. Innerhalb dieser Familie gibt es eine Kernfamilie – die Luxemburger selbst. Und diese Kernfamilie entscheidet in der Politik, was all die anderen zu tun haben.“

Erny Gillen stellt demokratische Defizite in der Luxemburgischen Gesellschaft fest.

mit Devisen zu spekulieren. In der Finanzwelt sind Mechanismen im Spiel, die fundamental falsch sind und die zu einer Pervertierung des Systems führen. Ziel ist es nicht, die Wirtschaft in Frage zu stellen, sondern eine Wirtschaft, der es nur um die Profitmaximierung geht, wobei das Wohl der Menschen auf der Strecke bleibt. Der Finanzkapitalismus sollte ausgedient haben.

TÉLÉCRAN: Die Fälle sexuellen Missbrauchs haben die Kirche in eine Krise gestürzt. Was kann die Entschuldigung des Erzbischofs bewirken?

ERNY GILLEN: Es zeigt, dass die Kirche keine Insel ist, sondern mit beiden Füßen in der Gesellschaft steht. Sexueller Missbrauch und Gewalt sind nicht allein im Umkreis der Kirche passiert. Aber es ist hundert Mal schlimmer, wenn Unrecht in einer Institution passiert, die Autorität hat und einen moralischen Anspruch erhebt. Die Kirche ist aber

auch die erste Institution, die zu ihrem Fehlverhalten steht. Dabei darf sie es aber nicht belassen. Sie muss Schritte unternehmen, die zur Veränderung ihrer selbst und der Gesellschaft führen. Man darf nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, so wie der Erzbischof es deutlich unterstrich.

TÉLÉCRAN: Wir stehen kurz vor dem Jahreswechsel. Gibt es etwas Positives, das Ihnen spontan zum Jahr 2010 einfällt?

ERNY GILLEN: Es war das europäische Jahr gegen Armut. Das Bewusstsein für diese Problematik wurde geschärft. Neue Instrumente wurden geschaffen oder zumindest angekündigt, wie das „PIB du bien-être“ oder der Plan für eine nachhaltige Entwicklung. Für die Katastrophenhilfe in Haiti wurde viel Geld gespendet. Was die Regierung betrifft, so freue ich mich trotz aller Kritik, dass sie die „acquis sociaux“ nicht grundsätzlich in Frage stellte. Positiv waren vor allem auch viele Begegnungen mit Menschen, wie beispielsweise Bauern aus dem Sudan oder der wiederaufbauenden Dorfbevölkerung in Haiti. Positiv war auch an mein Treffen mit Mohamed Yunus.

TÉLÉCRAN: Auch wenn das Mikrokreditgeschäft, das er ins Leben gerufen hat, in Verruf geraten ist, nachdem viele indische Frauen sich aus Verzweiflung das Leben nahmen?

ERNY GILLEN: Das Mikrokreditgeschäft hat sich von seinen Ursprüngen und Zielen entfernt. Das Problem ist, dass eine fantastische Idee in die Fänge des internationalen Finanzwesens geraten ist. Wenn Mikrokredite an der Börse gehandelt und als viel versprechende Anlagen gewertet werden, hat dies nichts mehr mit der ursprünglichen Idee zu tun. Dies ist eine weitere Form des Finanzkapitalismus, dann auch noch mit Heiligenschein.

TÉLÉCRAN: Was sind Ihre größten Sorgen für 2011?

ERNY GILLEN: Dass wir es nicht schaffen, langfristige Perspektiven aufzustellen. Die Regierung sollte Foren ins Leben rufen, um mit allen Gesellschaftsschichten ins Gespräch zu kommen. Ich glaube, viele Bürger wären bereit dazu. Ich bin auch überzeugt, dass viele Leute bereit wären, auf ein wenig Geld zu verzichten, wenn ihnen der Grund für diesen Verzicht einsichtig wäre und sie dadurch zu einer gerechteren und nachhaltigeren Welt beitragen könnten. Man muss mit den Menschen reden und sich Zeit nehmen, für die wichtigen Dinge im Leben. Wirtschaftsminister Jeannot Kreckés Credo „no time, no rest“ würde ich entgegenhalten, dass das, was wir jetzt brauchen, Zeit ist, um nach- und vorzudenken.

Kommentar



Die andere Stimme

Der Präsident der Caritas, Erny Gillen, zeigt sich besorgt über den aktuellen Kurs der Politik. Er scheut auch nicht davor zurück, auf gravierende Demokratiedefizite hinzuweisen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft in Gefahr bringen. So gesehen verkörpert Erny Gillen die „andere Stimme“ jenseits des „Mainstream“. Es lohnt sich, ihm zuzuhören. Zumal er Probleme aufzeigt, die sonst gerne totgeschwiegen werden, wie etwa die Tendenz, Politik und gewerkschaftlichen Kampf zunehmend auf die Menschen auszurichten, die am lautesten schreien und die stärksten Lobbys haben. Ein gefährlicher Trend.

Maryse Lanners